

ZUSAMMENFASSUNG DER STUDIE

Neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Nichtwähler in Deutschland“ am 17.6.2013 in Berlin vorgestellt.

Die Studie hat Nichtwählerinnen und Nichtwähler der vergangenen 15 Jahre untersucht und nach ihren politischen Einstellungen sowie den Gründen für die Wahlenthaltung befragt. Die Ergebnisse zeigen ein heterogenes Bild der Nichtwähler. Sie zeigen abhängig von der Häufigkeit ihrer Wahlenthaltung durchaus Politik- und Demokratieverdrossenheit, fühlen sich in ihrer Mehrheit allerdings dem politischen Geschehen zugehörig. Als Grund für die Wahlenthaltung werden in erster Linie politische Gründe genannt. Gefordert wird von den Nichtwählern hingegen eine „Politik des Kümmerns“.

Autor:

Prof. Manfred Güllner, Geschäftsführer von forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse mbH



Warum eine Nichtwählerstudie?

Die Wahlbeteiligung in Deutschland sinkt in der Tendenz seit Jahren. Warum Bürgerinnen und Bürger der Wahl fernbleiben und welche soziale Struktur die Gruppe der Nichtwähler aufweist, ist bislang aber kaum bekannt. Diese Wissenslücke schließt die FES-Studie zumindest teilweise. Zudem wurden die politischen Einstellungen der Nichtwähler/innen erfragt und dadurch untersucht, ob die Wahlenthaltung ein Zeichen von Politikverdrossenheit oder sogar von Demokratiemüdigkeit ist.

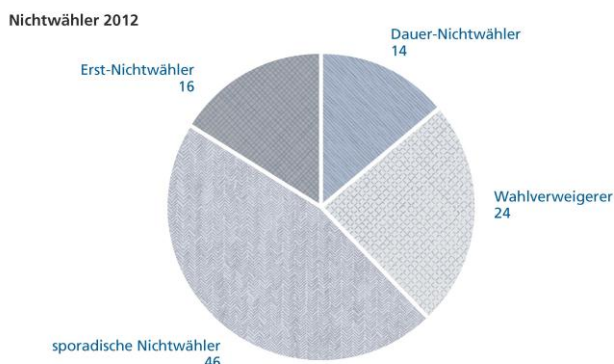
Anlage der Untersuchung:

Über die Gesamtheit der Nichtwähler und deren Zusammensetzung liegen bislang keinerlei Informationen vor. Befragt wurden 3.501 Wahlberechtigte, die sich selbst als „Nichtwähler“ deklariert hatten: jeweils rund 700 Nichtwähler/innen der letzten vier Bundestagswahlen sowie 700 Wahlberechtigte, die derzeit angeben, nicht bei der Bundestagswahl 2013 wählen zu wollen. Die befragten Nichtwähler können nicht im lupenreinen Sinne als repräsentativ für alle Nichtwähler angesehen werden. Da aus den verschiedensten Gründen – nicht zuletzt wegen des Datenschutzes – andere Rekrutierungswege nicht zur Verfügung stehen, dürfte die befragte Stichprobe der Nichtwähler dennoch einen wichtigen Teil dieser Gruppe abbilden.

Zentrale Ergebnisse:

Es gibt nicht „den“ Nichtwähler

Die befragten Nichtwähler haben sich verschieden häufig für die Wahlenthaltung entschieden. Nur rund 14% sind „Dauer-Nichtwähler“, die also über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg nicht gewählt haben. Knapp die Hälfte der Befragten (46%) hat hingegen nur einmal nicht gewählt.



Struktur der Wähler und Nichtwähler

	Wähler ^{*)}	sporadische Nichtwähler	Wahlverweigerer	Dauer-Nichtwähler	Erst-Nichtwähler
	%	%	%	%	%
Ost	17	26	29	36	31
West	83	74	71	64	79
Männer	49	49	48	45	48
Frauen	51	51	52	55	52
18- bis 44-Jährige	30	28	31	28	100
45- bis 59-Jährige	33	40	39	38	-
60 Jahre und älter	37	32	30	34	-
Haushaltsnetto-Einkommen:					
- unter € 1.000	9	10	15	20	13
- € 1.000 bis € 2.000	27	30	30	36	30
- € 2.000 bis € 3.000	26	27	30	22	30
- € 3.000 oder mehr	38	33	25	22	26
Haupt-/Realschulabschluss	47	57	65	69	54
Abitur, Studium	53	43	35	31	46
Erwerbstätige	54	55	54	43	62
davon:					
Arbeiter	8	13	20	23	13
Angestellte	66	65	59	56	75
Beamte	11	7	4	5	5
Selbständige	15	15	17	16	7

^{*)} Datenbasis: 83.205 im Auftrag von STERN und RTL 2012 befragte Wahlberechtigte, die bei der Bundestagswahl 2009 gewählt haben und sich auch an der Wahl 2013 beteiligen wollen.

Soziodemografisch zeigen sich die Nichtwähler heterogen. Allerdings fällt auf, dass die Gruppe der Dauer-Nichtwähler überproportional stark aus den nicht privilegierten Schichten der Gesellschaft stammt. Mit diesem Befund weisen die Untersuchungsergebnisse darauf hin, dass eine Schieflage in der sozialen Repräsentanz der Politik eingetreten ist.

Dauer-Nichtwähler sind politisch unzufriedener

Wenig überraschend zeigen Dauer-Nichtwähler eine größere Distanz zur Politik. Diese Gruppe der Nichtwähler zeigt signifikant höhere Unzufriedenheit mit der Politik und stellt auch die

Demokratie an sich deutlich stärker in Frage als andere Nichtwähler. Unter den Nichtwählern finden sich insgesamt nur 21% „zufriedene Demokraten“ (unter Wählern sind es 43%, wie eine forsa-Studie von 2008 ergeben hat), aber 9% „Anti-Demokraten“ (Wähler: 4%). Bei den Dauer-Nichtwählern sind es sogar nur 15% „zufriedene“, aber 19% „Anti-Demokraten“.

Die meisten Nichtwähler sind „Wähler auf Urlaub“

Die Mehrzahl der Nichtwähler sind jedoch keine Dauer-Nichtwähler, sondern sehen sich selbst nach wie vor als in das politische Geschehen eingebunden und durchaus hohes politisches Interesse äußern: So sind 77% der Nichtwähler der Ansicht, Wahlen seien ein hohes Gut, 61% von ihnen geben an, sich stark für das politische Geschehen auf Bundesebene zu interessieren und nur 32% der Nichtwähler meinen, durch die Stimmabgabe könne man am Gang der Dinge nichts ändern. Angesichts dieser Resultate ist es für Politik und Parteien durchaus möglich, diese „Wähler auf Urlaub“ (Manfred Güllner) wieder zur Wahlteilnahme zu motivieren.

Nichtwähler haben überwiegend politische Gründe zur Wahlenthaltung

Die Befunde der vorliegenden Studie widerlegen die bisweilen vertretene These, dass Nichtwähler aus einem Gefühl der Zufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Zuständen heraus nicht zur Wahl gehen. Das Gegenteil zeigt sich: Die Unzufriedenheit mit politischen Akteuren (33%) und politischen Inhalten (16%) wird als Hauptmotiv der Nichtwähler genannt. Persönliche oder formale Gründe, wie das Wahlsystem (5%), die Entfernung zum Wahllokal (1%) oder schlechtes Wetter (1%) werden demgegenüber nur selten als Grund für die Wahlenthaltung genannt.

Nichtwähler wünschen sich eine „kümmernde“ Politik

Auf die Frage, was sie zur Wahlbeteiligung motivieren könnte, nennen Nichtwähler an erster Stelle, dass Politiker und Parteien „wieder ein Ohr für die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen“ haben sollten (87%) und man sich politisch „mehr um die kleinen Leute und die mittleren Schichten kümmert“ (72%). Eng damit verbunden wird die Forderung, die Parteien sollten unnötigen Streit vermeiden und sich im Konsens der Lösung wichtiger Probleme widmen (69%).

Zu dem Wunsch nach einer sich kümmernden Politik passen die von den Nichtwählern genannten politischen Prioritäten: Als besonders wichtig werden von den befragten Nichtwählern ein gutes Schul- und Bildungssystem (83%), ein gutes Gesundheitssystem (68%), die Sicherung der Altersvorsorge (68%) sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen (63%) genannt.

Politische Prioritäten

Es ist sehr wichtig:	Nichtwähler insgesamt
	%
Gutes Schul- und Bildungssystem	83
Gutes Gesundheitssystem	68
Sicherung der Altersversorgung	68
Sicherung der Arbeitsplätze	63

Den Abschluss der Studie bilden einige Handlungsempfehlungen an Akteure aus Politik, Gesellschaft und Medien. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung selbst wird die Ergebnisse der Studie in ihrer Arbeit berücksichtigen. Schon jetzt setzt sie sich in ihrer politischen Bildungsarbeit intensiv mit Politikverdrossenheit auseinander und begegnet dieser mit vielfältigen inhaltlichen und methodischen Angeboten. Die Ergebnisse der Nichtwähler-Studie sind der FES ein Ansporn, sich noch intensiver mit den Bildungs- und Beteiligungsangeboten für Demokratie und politische Partizipation zu werben.

Weitere Informationen:

Die komplette Studie steht unter www.fes-forumberlin.de kostenfrei zum Download bereit.

Kontakt:

Dr. Dietmar Molthagen
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Leiter empirische Sozialforschung
Tel. 030/ 269 35 7322
Mail: dietmar.molthagen@fes.de